

Anträge an den Landesparteitag der Piratenpartei Rheinland-Pfalz am 29. November 2009 in Limburgerhof

Inhaltsverzeichnis

Anträge an den Landesparteitag der Piratenpartei Rheinland-Pfalz am 29. November 2009 in Limburgerhof.	1
A1) Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle und eines Piratenbüros.....	1
A2) Piraten für den Frieden und gegen das Vergessen.....	2
A3) Für ein freies und demokratisches Bildungssystem!.....	2
A4) Bereitstellung von Web-traffic auf Piratenserver für AGs.....	5

Achtung: Dieses Dokument erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bis zum Landesparteitag und auf dem Parteitag selbst, können weitere Anträge eingereicht werden. Stand: 2009-11-26

A1) Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle und eines Piratenbüros

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wächst erfreulicherweise immer weiter, bereits jetzt sind wir mehr als 500 Piraten im Landesverband. Um unsere Arbeit zu professionalisieren, benötigen wir daher dringend eine Landesgeschäftsstelle. In einer Landesgeschäftsstelle könnten viele Aufgaben, die aktuell vom Landesvorstand erledigt werden müssen, in dessen Auftrag abgearbeitet werden. Dazu zählen z.B. die Mitgliederverwaltung, die Erstellung von Landes-Newslettern, das Versenden von Mitgliederpost und Info-Paketen, die Kommunikation mit anderen Landesverbänden und dem Bundesvorstand, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordination von Projekten und Aktionen. Von besonderer Bedeutung wird in den nächsten Jahren auch der Kontakt zu anderen Nichtregierungsorganisationen, Parteien und staatlichen Einrichtungen werden, deren Sitz sich zum großen Teil ebenfalls in Mainz befindet. Auch die Koordination der einzelnen Kreisverbände wird eine stärkere Bedeutung bekommen. Landesarbeitsgruppen benötigen Tagungsräume und im Wahlkampf brauchen wir Arbeits- und Lagermöglichkeiten. Der Landesparteitag beschließt daher, die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle.

Piratenbüro für eine freie Kultur

Als Einrichtungsort für eine Geschäftsstelle würde sich die Stadt Mainz sehr gut eignen, nicht nur wegen der aktiven Piraten vor Ort, sondern insbesondere als Landeshauptstadt, als Hochschulstadt und als politisches Zentrum von Rheinland-Pfalz. Die Regionalgruppe Mainz hat dargelegt, dass sie eine Geschäftsstelle in Mainz gerne betreiben und auch personell besetzen würde und zusammen mit dem Landesverband für eine sichere Finanzierung sorgen kann. Der Bedarf für ein Piratenbüro ist auch in Mainz selbst sehr hoch: Aufgrund der Tatsache, dass Treffen nur in Lokalen stattfinden können, kann das politische Potential nicht ausgeschöpft werden. Viele geplante Projekte können derzeit aufgrund mangelnder Räumlichkeiten nicht umgesetzt werden. Geplante Vortragsreihen und andere Ideenwerkstätten können nicht durchgeführt werden. Ein Piratenbüro würde eine bessere Entfaltung der Regionalgruppe ermöglichen, die auch in den gesamten Landesverband hineinwirkt.

In einem Piratenbüro wollen wir freie Kultur entwickeln und verbreiten. Freier Zugang zu Wissen und Information sollen gelebt und vermittelt werden und der Zugang soll allen Menschen möglich sein. Ein großer Teil der Finanzierung des Büros soll aus Spenden von Mitgliedern und Gästen vor Ort generiert werden. Etwaige überschüssige Spendengelder sollen ausschließlich in die Förderung weiterer freier Kultur und in die Parteiarbeit einfließen. In einem solchen Piratenbüro könnten die Aktivität der Regionalgruppe Mainz und die einer Geschäftsstelle des Landesverbandes optimal zusammenwirken.

Finanzierung & Beauftragung

Der Landesparteitag beauftragt daher die Regionalgruppe Mainz in Vertretung des Landesvorstands mit der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit für ein "Piratenbüro" in Mainz. Der Landesparteitag stimmt einer konstanten Finanzierung aus Landesmitteln mit einem maximalen Volumen von 450€ im Monat zu. Das "Piratenbüro" soll zu einem Großteil aus Spenden vor Ort gegen finanziert werden. Hierzu ist vorgesehen Getränke und andere piratige Artikel anzubieten. Alle durch das "Piratenbüro" generierten Spenden werden an den Landesverband abgeführt und senken so die finanzielle Belastung. Die Regionalgruppe wird beauftragt, dem Landesvorstand schnellstmöglich Vorschläge für konkrete Räumlichkeiten sowie ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Räumlichkeiten nach der Empfehlung der Regionalgruppe anzumieten und die monatliche Finanzierung konstant sicherzustellen. Außerdem soll der Landesvorstand sich beim Bundesvorstand um eine finanzielle Förderung bemühen.

A2) Piraten für den Frieden und gegen das Vergessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz bekennt sich zu den Menschenrechten als Grundlage der Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit. Wir wenden uns dabei, getragen von der Verantwortung für die Geschichte, insbesondere gegen die Leugnung, Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus, wodurch diese perverse Ideologie auch heute noch gesellschaftsfähig gemacht werden soll. Wir erkennen den Holocaust als historische Tatsache an und dulden keine Relativierung oder Verharmlosung. Wir haben keinen Zweifel daran, dass im Zuge des historisch einzigartigen Verbrechens des nationalsozialistischen Deutschlands circa 6 Millionen Menschen umgebracht worden sind, die meisten von ihnen Juden. Wir haben demütigen Respekt und tiefes Mitgefühl für die Opfer dieses Verbrechens und ihre Angehörigen.

Wir ächten alle Ideologien, die Menschen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Volkszugehörigkeit, ihrer Kultur, ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer äußeren Erscheinung, ihrer Behinderung, ihrer Hautfarbe, ihres Gesundheitszustands, aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters oder ihres gesellschaftlichen Status ausgrenzen, unterdrücken, verurteilen, diskriminieren, oder bevorzugen.

Der demokratische und menschenrechtsorientierte Standpunkt der PIRATEN leitet sich bedingungslos aus dem Grundgesetz und aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ab. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten. Wir respektieren die individuelle Freiheit und wertschätzen die freie Meinungsäußerung. Wir treten für Toleranz ein und auch für die Meinungsfreiheit derjenigen, deren Meinung wir nicht teilen oder deren politische Ziele den unseren entgegenstehen. Die Freiheit des Einzelnen endet aber dort, wo andere Menschen in ihrer Würde oder körperlichen Unversehrtheit eingeschränkt werden. Wir stehen daher für eine friedliche, kreative und laute Zivilgesellschaft, die sich mit Courage vehement gegen Diskriminierung, gegen Gewalt und gegen antidemokratische und totalitäre Bestrebungen einsetzt.“

A3) Für ein freies und demokratisches Bildungssystem!

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz solidarisiert sich mit streikenden SchülerInnen und StudentInnen im Land und fordert radikale Veränderungen im Schul- und Bildungssystem. Die aktuelle Situation an Schulen und Hochschulen entspricht nicht unseren Vorstellungen von Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Wir fordern Chancengleichheit und den freien Zugang zu Information und Bildung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft sowie eine demokratische Organisation der Lehr- und Lerneinrichtungen.

Zugang zu Bildung verbessern!

Der freie Zugang zu Information, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ist für die Gesellschaft und eine starke Demokratie dringend notwendig und eine der wichtigsten Ressourcen und Investitionen in die Zukunft. Er ist daher im Interesse aller und es ist vordergründige staatliche Aufgabe eine zweckgemäße Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und jederman frei und kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Der Zugang zur Hochschule ist aktuell entgegen aller Lippenbekenntnisse stark eingeschränkt und für viele Menschen unmöglich. Immer weniger Menschen können ihr Recht auf ein Studium noch wahrnehmen, immer mehr müssen ihr Studium vorzeitig abbrechen. BewerberInnen werden durch hohe NC-Hürden, Auswahlverfahren oder das Fehlen einer Hochschulzulassung daran gehindert, überhaupt erst ein Studium zu beginnen. Gründe verschiedenster Art, wie das Aufziehen von Kindern, das Engagement in sozialen Projekten, der Wechsel des Studienganges, Selbstfinanzierung und/oder familiäre, bzw. persönliche Schwierigkeiten erschweren die Durchführung des Studiums in der Regelstudienzeit.

Zudem ist zu wenig Lehrpersonal vorhanden, um allen Studieninteressierten die Möglichkeit zur Aufnahme eines von ihnen gewünschten Studiums zu geben, oder auch nur den schon Studierenden gute Lernbedingung zu bieten und deren individuelle Betreuung zu ermöglichen. Die Konsequenzen sind der Ausschluss von Studieninteressierten von einem Studium ihrer Wahl und überfüllte Vorlesungen und Seminare. Hinzu kommt ein beträchtlicher Arbeitsaufwand für die Dozierenden durch eine zu hohe Anzahl Studierender pro Veranstaltung, sodass Dozierende nur noch zwischen Vernachlässigung der Lehre und damit der Verpflichtung gegenüber den Studierenden oder Vernachlässigung der Forschung und damit der eigenen wissenschaftlichen Karriere entscheiden.

Wir fordern die Gewährleistung des in der Verfassung verbrieften Rechts auf Bildung für alle Menschen und wollen die Hochschulen so ausstatten, dass dies wahrgenommen werden kann. Soziale und finanzielle Benachteiligungen jedweder Art sollen kein Hindernis mehr für die Zulassung zu einem Studium und dessen erfolgreicher Durchführung und Beendigung sein. Eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen wollen wir sicherstellen.

Wir fordern die Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen für alle Studiengänge. Mit einem an der Anzahl der Studieninteressierten orientierten Ausbau von Studienplätzen wollen wir jegliche Zulassungsbeschränkungen obsolet machen. Die Wahl des Studienganges muss auf Grund des Interesses und nicht auf Grund von hohen NC-Hürden getroffen werden.

Investitionen in Bildung aufstocken!

Wir fordern die Einstellung neuen Lehrpersonals in ausreichender Zahl, um sowohl allen Studieninteressierten einen Platz in dem von Ihnen gewünschten Fach und Abschluss zur Verfügung stellen zu können, als auch allen Studierenden eine individuelle Betreuung durch die LeiterInnen der jeweiligen Lehrveranstaltungen zu gewährleisten. Die an Forschung und Lehre Beteiligten müssen besser entlohnt werden. Die Entwicklung rückläufiger Investitionen in Universitäten wollen wir stoppen. Schlechte Lernbedingungen und prekäre Beschäftigung werden wir nicht dulden. Im Bereich der Schulen fordern wir die Einstellung von mehr LehrerInnen und kleinere Klassen von maximal 20 SchülerInnen pro Klasse.

Wir fordern die Abschaffung des Studienkontenmodells, das finanziell Schwächere in der Durchführung und am erfolgreichen Abschluss eines Studiums effektiv benachteiligt. Die verfassungswidrige Landeskinderverordnung muss ersatzlos aus dem Landeshochschulgesetz gestrichen werden. Durch ausreichende Möglichkeiten für Teilzeit- und Abendstudien wollen wir auch Berufstätigen und anderweitig zeitlich Belasteten ein Studium ermöglichen.

Gebühren jeglicher Art sowie finanzielle und personelle Engpässe - gerade an den Hochschulen - schränken den Zugang zu Bildung ein und werden deshalb von uns kategorisch abgelehnt. Wir fordern die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit und einen drastischen Ausbau der Investitionen in Schule und Hochschule: Das Bildungsangebot darf sich nicht weiter den knappen Ausgaben anpassen, sondern wir wollen die Ausgaben im Bildungsbereich an die Notwendigkeiten angleichen! Eine private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen muss stets kritisch hinterfragt werden. Ein Einfluss auf Lehrinhalte muss ausgeschlossen sein. Einer Kommerzialisierung von Schulen und Hochschulen stellen wir uns entschieden entgegen.

Lehr- und Lernmittelfreiheit für Rheinland-Pfalz!

Wir fordern auch eine vollständige Lern- und Lehrmittelfreiheit für Rheinland-Pfalz. Die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen müssen vom Land unterstützt und ausgebaut werden. Freie Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden ohne rechtliche Hürden die Lernmittel auf seinen Unterricht anzupassen.

Schule und Hochschule demokratisieren!

Bildungseinrichtungen sind für SchülerInnen und StudentInnen ein prägender und umfassender Teil ihres Lebens. Sie sind deswegen als Lebensraum der Lernenden zu begreifen, der durch sie mitbestimmt wird. Demokratische Werte müssen vermittelt und vorgelebt werden, um die Akzeptanz der Entscheidungen zu erhöhen, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und selbstbestimmtes Lernen im ausreichenden Maße zu ermöglichen. Wir fordern eine grundlegende demokratische Organisation von Schule und Hochschule.

Bei den Universitäten stellen sowohl das bestehende Ungleichgewicht zugunsten des Hochschulrats, als auch die geplante Novelle des Landeshochschulgesetzes eine Entmündigung der breiten Mehrheit zugunsten nicht gewählter Gremienvertreter und des Präsidialamts dar. Was als „Autonomie der Hochschule“ angepriesen wurde, verkehrt sich in ihr Gegenteil. Die Hochschulen verlieren die Unabhängigkeit, welche für die Erfüllung der Aufgaben, die eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ihnen übertragen hat, unentbehrlich ist. Demokratische Entscheidungsstrukturen dürfen nicht weiter durch wirtschaftliche Einflüsse oder die Etablierung autoritärer Strukturen beeinträchtigt und unterwandert werden. Wir fordern die Abschaffung des Hochschulrates und die Übertragung aller Kompetenzen auf den Senat. Die unabhängige Mitwirkung aller Interessengruppen in den demokratischen Willensbildungsprozessen der Hochschulen muss gesichert werden und sich im Hochschulgesetz widerspiegeln. Studentischen VertreterInnen sollen aufgrund der Größe der Studierendenschaft mit einer Drittelparität in allen entscheidungsbefugten Gremien vertreten sein.

Beabsichtigtes Landeshochschulgesetz stoppen!

Verschärft wird die oben aufgezeigte Entwicklung durch das neue Landeshochschulgesetz (LHG), das unter dem Deckmantel der Autonomie der Hochschule demokratische Grundstrukturen unterminiert: Die Entmachtung demokratischer Gremien und der Ausbau präsidialer Entscheidungskompetenzen, die Begünstigung der Trennung von Forschung und Lehre sowohl durch die Einrichtung von Forschungskollegs, als auch durch die Möglichkeit der Freistellung von ProfessorInnen von der Lehre für bis zu 10 Jahre, und die Schaffung von Einfallstoren für Unternehmen durch die Gründung von Hochschulverbänden und außeruniversitären Betrieben, die auch Privatunternehmen offenstehen.

Wir dagegen fordern, dass VertreterInnen der Studierendenschaft in den entscheidungsbefugten, universitären Gremien nicht länger untervertreten sind und lehnen die beabsichtigte Novelle des LHG in der derzeitigen Form entschieden ab.

Bologna-Reform reformieren!

Wir fordern ein freies und selbstbestimmtes Studium ohne bürokratische Hürden, ohne stetigen Leistungsdruck und starren vorgegebenen Stundenplan, wie sie heute Studierenden-Alltag sind. Durch hohen Leistungsdruck, Dauerüberprüfung und eine rigorose Modularisierung bleibt kein Freiraum mehr für individuelle Schwerpunktsetzung. Wir wollen die Regelstudienzeit der Bachelorgänge prüfen und die Prüfungslast mit dem Ziel der Reduzierung evaluieren. Den permanenten Prüfungsdruck sowie den Einfluss von Einzelleistungen auf die Gesamtnote wollen wir herabsetzen.

Wir wollen eine Ausweitung der Kombinationsmöglichkeiten der Fächer untereinander, so dass eine breitgefächerte, freie Bildung möglich wird. Dabei müssen auch die Fächer gleichwertig berücksichtigt werden, die abseits des jeweilig üblichen Fächerkanons liegen oder aus fachbezogenen Studiengängen stammen. Um die durch den Bachelor zu erzielende Erleichterung von Auslandsaufenthalten zu erreichen, müssen zukünftig auch sämtliche, bei Auslandsaufenthalten in den eigenen Fächern erbrachten Leistungen, anerkannt werden. Kleine und ohnehin schon untervertretene Studienfächer wollen wir am Leben erhalten: Lehre und Forschung in solchen Fächern darf nicht aus mangelnder Popularität eingestellt werden!

Wir fordern die Umsetzung der eigentlichen Ziele, die die Bologna-Reform mit ihrem aktuellen Konzept für Bachelor und Master verfehlt hat: Die Schaffung einfach verständlicher und gut vergleichbarer Abschlüsse,

die Erhöhung der internationalen Mobilität und die Reduzierung der Zahl der StudienabbrecherInnen durch ein verkürztes, überschaubares Studium.

Wir fordern einen massiven Ausbau der Masterstudienplätze! Derzeit ist nur einem Bruchteil der BachelorabsolventInnen ein Platz sicher. Dies führt zu neuen Bildungshürden und die Abschlussnote wird den persönlichen Fähigkeiten vorangestellt. Jedem Studierenden muss ein Masterstudium ermöglicht werden! Zulassungsquoten lehnen wir ab.

Freies, individuelles Lernen ermöglichen!

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. durch Kopfnoten lehnen wir ab.

Bildungsinhalte müssen stets auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen basieren und von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.“

A4) Bereitstellung von Web-traffic auf Piratenserver für AGs

Der Landesverband möchte sicherstellen, dass den Arbeitsgruppen (AG) auf den eigenen Piraten-Servern, ausreichend traffic- Kapazitäten für Online-Umfragen zur Verfügung gestellt werden können. Piratenserver werden benötigt, um Vorratsdatenspeicherung zu vermeiden.